

„Wir sind bereit“

Der Agrarsprecher der Grünen im Bundestag, Friedrich Ostendorff, über den grünen Höhenflug und eine mögliche künftige Regierungsbeteiligung

Wird selbst dem alten Fahrersmann beim derzeitigen Höhenflug der Grünen schwindlig? Zumindest bin ich überrascht. Den Rückenwind verspüre ich schon länger. Dass er uns aber in diese Höhen trägt und wir nicht abstürzen, sondern dort verharren, hätte ich nicht für möglich gehalten. Das führt mich zu der Erkenntnis, dass wir in einer Zeitenwende leben.

Woran machen Sie die Zeitenwende fest?

Beispielsweise daran, dass die Kinder aus der bürgerlichen Mitte auf die Straße gehen und uns Ältere fragen: Was für eine Welt hinterlässt ihr uns? Ich mache es fest an der Galionsfigur Greta Thunberg, die aus dem Nichts eine Bedeutung als Sprachrohr einer Generation erlangt hat, die mich an den Studentenführer Rudi Dutschke in den 1960er-Jahren erinnert. Was früher die Auseinandersetzung mit der nicht aufgearbeiteten Geschichte war, ist heute die ökologische Frage.

Was bedeutet die „Zeitenwende“ für die Landwirtschaft?

Die Landwirtschaft ist mittendrin in der Auseinandersetzung. Das zu erkennen und sich einzubringen in die Diskussionen um mehr Nachhaltigkeit, ist eine zentrale Aufgabe. Verweigert sich die Landwirtschaft einer aktiven Mitarbeit, werden andere ihr Rollen zuweisen, die ihr möglicherweise nicht gefallen werden. Das ist die größte Befürchtung, die ich habe.

Viele Landwirte haben allerdings eher die Befürchtung, dass insbesondere die Grünen angesichts ihrer gegenwärtigen Stärke überziehen und Agrarpolitik im Sinne ihrer städtischen Wählerklientel machen ...

Umso wichtiger ist, dass man die Wagenburgen der Vergangenheit verlässt und sich dem rauen Wind der gesellschaftlichen Debatte stellt. Nach meiner Überzeugung hat die Landwirtschaft gute Chancen, in dieser Auseinander-

setzung zu bestehen. Sie muss aber liefern und klar sagen, was sie zur Lösung der entscheidenden Zukunftsfragen beitragen kann.

Was stellen Sie sich konkret darunter vor?

Die Landwirtschaft hat eine große Verantwortung für den Zustand unseres Wassers. Der muss sie gerecht werden. Da hilft es nicht, das Problem kleinzureden und auf Zeit zu spielen. Stattdessen müssen die Ursachen benannt und abgestellt werden. Wir halten nun mal in Deutschland an vielen Stellen zu viele Schweine auf zu wenig Fläche. Deswegen müssen wir Tierhaltung und Fläche wieder zusammenbringen.

Viele Landwirte sind zu Veränderungen bereit, wollen aber wissen, wo die Reise hingehet, um sich darauf einzustellen. Der Deutsche Bauerntag stand in diesem Jahr unter dem Motto „Wandel braucht Verlässlichkeit“. Ist das zu viel verlangt?

Für jeden ist zu erkennen, wo die Reise hingehet, nämlich hin zu mehr Tierwohl, zu mehr Klimaschutz, zum Erhalt der Biodiversität, zum Wasser- und Bodenschutz. Wie dies im Einzelnen erfolgt, muss ausgehandelt werden und kann nicht auf Jahre hinaus festgeschrieben werden. Der Bauernverband ist gefordert, künftig nicht mehr nur auf eine politische Kraft, CDU und CSU, zu set-

zen. Die alte Vorstellung, die werden es für uns schon richten, trägt nicht mehr. Wenn man jetzt auch auf uns zukommt, nehmen wir das zur Kenntnis, nachdem man uns jahrzehntlang die kalte Schulter gezeigt hat.

Was hat die Landwirtschaft von den Grünen zu erwarten oder zu befürchten?

Gesprächsbereitschaft. Wir bieten an, gemeinsam Lösungen für die schwierigen Fragen zu erarbeiten. Das tun wir im Übrigen seit langer Zeit, ohne dass maßgebliche Interessenverbände wie der Bauernverband davon Gebrauch gemacht haben. Ob sich dies ändert, wird man sehen. Ich stelle fest, dass es Lockerungsübungen bei etablierten Verbänden gibt. Beispiele sind die Position der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) zur Tierwohlkennzeichnung oder zuvor die These der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) zur „Landwirtschaft 2030“.

Müssen sich auch die Grünen wandeln? Die Erinnerung an grüne Landesminister auf Konfrontationskurs gegenüber weiten Teilen der Landwirtschaft ist bei vielen noch frisch ...

Auch wir entwickeln uns weiter, keine Frage. Ich kann aber sagen, Konfrontation war nie mein Ansinnen. Vielmehr ging es mir darum, die Defizite klar zu benennen und dann zu versuchen, mit vernunftbegabten Lösungen zu erarbeiten.

Auf der Suche nach tragfähigen Konzepten für die Zukunft sind derzeit vor allem die jüngeren Tierhalter. Was könnten solche Konzepte sein?

Der Biosektor zeigt, dass es gelingen kann, eine andere Produktion aufzubauen und sich erfolgreich im Markt zu behaupten. Warum sollte das für den

Fleischbereich mit einer konsequenten Ausrichtung auf Tierwohl nicht gelingen?

Was muss aus Ihrer Sicht der Staat dazu beitragen?

Beispielsweise eine mit der Branche und dem Tierschutz abgestimmte und breit getragene Tierwohlkennzeichnung. Nachdem aber bereits der vorhergehende Minister daran gescheitert ist, droht unter Julia Klöckner ein ähnliches Fiasko.

Der Streit geht vordergründig um die Frage, ob ein Label freiwillig oder verpflichtend sein soll. Völlig auseinander gehen die Auffassungen, wie anspruchsvoll die Anforderungen sein sollen.

Selbstverständlich sind wir für eine verpflichtende Kennzeichnung. Die muss das Ziel sein. Für eine kurze Übergangszeit ist eine freiwillige Lösung denkbar. Über die Kriterien muss politisch entschieden werden, wenn möglich, in Abstimmung mit dem Tierschutz und der Wirtschaft. Hauptsache ist aber, es wird endlich entschieden.

Der Umbau der Tierhaltung kostet Geld. Woher soll das kommen, wenn es der Markt allein nicht richten kann?

Ein großer Posten ist die Gemeinsame Agrarpolitik. Wir müssen endlich wegkommen von der bisherigen Flächensubventionierung und stattdessen qualitative Anforderungen für die Gewährung von Prämien setzen. Das gilt für die Flächenbewirtschaftung, aber noch viel mehr für die Tierhaltung.

Zur Person

Friedrich Ostendorff, Jahrgang 1953, aus Bergkamen im Kreis Unna ist Landwirtschaftsmeister und hat 1978 den elterlichen Hof übernommen, ist verheiratet und hat eine Tochter. Mehr als zehn Jahre war der Politiker Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Nordrhein-Westfalen und häufig lautstarker Kritiker des Deutschen Bauernverbandes. Über die Landesliste der Partei Bündnis 90/Die Grünen kam Ostendorff in den Bundestag, zunächst von 2002 bis 2005 und dann wieder von 2009 an. Er ist Sprecher für Agrarpolitik seiner Fraktion sowie Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft.

„Wir bieten an, gemeinsam Lösungen für die schwierigen Fragen zu erarbeiten.“



Der, der seine Tiere besser hält, muss auch von Zahlungen aus dem Brüsseler Topfbegünstigt werden. Auch über die Stallbauförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe muss ein Teil kommen.

Ein Teil wird auch an der Ladentheke erwirtschaftet werden müssen. Da sehe ich insbesondere den Lebensmittel Einzelhandel gefordert. Für den Verbraucher muss nachvollziehbar sein, warum er für ein Stück Fleisch einen höheren Preis bezahlen soll. Dabei könnte auch ein staatliches Label mit klaren Abstufungen und Kriterien eine wichtige Rolle spielen, wenn wir es denn hätten. Weil es eben so lange dauert, ist der Handel mit der Hal tungskennzeichnung vorgeprescht.

Sie sind ein Befürworter der Initiative Tierwohl (ITW). Wie sehen Sie deren Zukunft?

Die Initiative Tierwohl ist eine Erfolgsgeschichte, weil sie es tatsächlich geschafft hat, den Tier schutz in der Breite zu verbessern. Immerhin ist bereits ein Viertel aller Mastschweine einbezogen. Um so wichtiger wäre, dass es frühzeitig Klarheit hinsichtlich einer Fort führung über 2020 hinaus gibt. Ein staatliches Tierwohllabel könnte eine wichtige Rolle spielen.

Die Politik ist auch gefordert, wenn es um die Beseitigung bau- und emissionsrechtlicher Hürden für die Umsetzung von mehr Tierwohl in Ställen geht.

Wir müssen dem Tierwohl Vorrang gegenüber anderen Zielen einräumen. Das halte ich für gerechtfertigt. Ich stelle aber auch fest, dass mittlerweile Genehmigungen für Außenklimaställe erteilt werden. Dafür gibt es nicht zu letzt im Münsterland Beispiele. Mit gutem Willen auf beiden Seiten und sachkundigen Beratern ist einiges möglich.

Also bedarf es keiner Änderung des Baurechts?

Doch, selbstverständlich. Ich würde mir im Baurecht eine deutliche Erleichterung für Außenklimaställe wünschen, allein um zu erreichen, dass auch der letzte Baude zernent weiß, das darf man genehmigen. Für die Rechtssicherheit fehlt vor allem, dass der Bund endlich Standardwerte für die Emissionen von Auslaufställen ermittelt und veröffentlicht.

Sie sind bekannt als Verfechter einer bäuerlichen Agrarstruktur. Muss es restriktivere Regeln zu deren Schutz geben?

Ja. Ich halte den Einstieg von nicht landwirtschaftlichen Investoren in bestehende Betriebe, wie er in Ostdeutschland in beachtlicher Zahl zu erleben ist, für besorgniserregend. Das ist nicht mein Bild von Landwirtschaft. Es ist eben nicht egal, wem das Land gehört und in welcher Größenordnung. Hier muss der Gesetzgeber eingreifen.

„Es ist nicht egal, wem das Land gehört und in welcher Größenordnung.“

Die Länder könnten, wenn sie wollten. Selbst die eine ostdeutsche Landesregierung mit grüner Beteiligung tut sich schwer. Warum?

Weil die Materie offenbar sehr kompliziert ist. Immerhin gibt es jetzt Bewegung in Sachsen-Anhalt. Lange genug hat's gedauert, aber es tut sich etwas. Vielleicht gibt es demnächst ähnliche Aktivitäten in Brandenburg, wenn die Landtagswahl gelaufen ist.

Wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Anliegen der

Landwirtschaft in einem gemeinsamen Umwelt- und Agrarministerium unter die Räder kommen?

Schon jetzt treibt das Umweltministerium das Landwirtschaftsministerium bei einigen Themen wie dem Düngerecht vor sich her. Diese Gefahr besteht also so oder so. Es kommt aber darauf an, wie man's macht. Beide Bereiche unter einem Dach würde zumindest verhindern, dass sich die einen auf Kosten der anderen profilieren.

Würden die Grünen ein Agrarministerium auch ohne Umwelt beanspruchen, sollten Sie in einer künftigen Bundesregierung vertreten sein?

Ich würde das sehr empfehlen, schon weil die zu behandelnden Fragen von umwelt- und tiergerechter Landwirtschaft, der Verbindung von Landwirten und Verbrauchern sowie von Stadt und Land für uns Grüne existenziell sind und wir da gut aufgestellt sind. Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten sollten wir nutzen.

Ist der nächste Bundeskanzler oder die nächste Bundeskanzlerin ein Grüner oder eine Grüne?

Wenn die Wähler es so entscheiden, ja. Wir sind bereit. Agra-Europa

ARGUMENTIERT UND DISKUTIERT

Land-Krankenhaus: „... oder kann das weg?“

800 Krankenhäuser sollen in Deutschland geschlossen werden, fordert die Bertelsmann-Stiftung. Damit hat sie erheblichen Medienwirbel ausgelöst – gerade auch mit Blick auf den ländlichen Raum.

Schon in ihrer Kommentar-Überschrift stellt die „Neue Osnabrücker Zeitung“ fest: „Halb so viele Krankenhäuser? Funktioniert auf dem Land nicht!“ Auch andere Kommentare sprechen für sich:

■ WDR: „Durch weniger Krankenhäuser bessere Versorgung?“

■ „WAZ“: „Weniger ist nicht unbedingt besser“

■ „Hannoversche Allgemeine Zeitung“: „Die Statistik heilt nicht!“

Aufschrei in den Medien

Der mediale Aufschrei war zu erwarten, stellt die „Freie Presse“ aus Chemnitz fest: „Das Argument der möglichst wohnortnahen Versorgung ist natürlich ein starkes, weil griffiges. Es sticht aber dann nicht mehr, wenn Kliniken in ländlichen Regionen kei-

ne Ärzte und Pflegekräfte in dem Umfang mehr finden, der für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung Grundvoraussetzung ist. Viele Krankenhäuser werden in absehbarer Zeit vor dieser Situation stehen. Wo heute eine Landklinik ums Überleben kämpft, könnte künftig ein stationär-ambulantes Gesundheitszentrum die Alternative sein.“

Zynische Vernunft am Werk

In der einflussreichen Bertelsmann-Stiftung sieht der Bonner „General-Anzeiger“ eine „zynische Vernunft“ am Werke und urteilt:

„Die Vorschläge der Stiftung konterkarieren die Bemühungen der Bundesregierung, die ländlichen Räume am Leben zu halten. Krankenhäuser sind ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge. Die Stiftung hält sie offenbar für Fabriken zum Abwickeln standardisierter Behandlungen. Wem nützt diese Studie? Den Kostensenkern überall im Gesundheitswesen vor allem bei den Krankenkassen. Sie nützt den privaten Krankenhauskonzernen, die gerne

in die Versorgung einsteigen, wenn es etwas zu verdienen gibt. Im Zweifelsfall sind Patienten und Mitarbeiter einfach egal.“

Der „Mannheimer Morgen“ rät zu mehr Sachlichkeit: „Richtig ist, dass Patienten mit speziellen Leiden besser in Kliniken aufgehoben sind, die über viel Erfahrung damit verfügen. Auf der anderen Seite braucht es eine Grundversorgung, insbesondere in dünn besiedelten Regionen. Die Daseinsberechtigung solcher kleiner Häuser ließe sich weiter steigern, würden die weitgehend starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung verschwinden. Eine Zahl in die Welt zu setzen, die einem Kahlschlag der Krankenhauslandschaft gleichkommt, ist jedenfalls unsinnig und widerspricht dem Verfassungsanspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse, den die Bundesregierung erst jüngst beschworen hat.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ meint, es komme auf die örtlichen Gegebenheiten an: „Es gibt in Deutschland Regionen, in denen auf kleinem Raum ein gutes Dut-

zend Krankenhäuser miteinander um Patienten konkurrieren. Diese Parallelstrukturen mit öffentlichen Mitteln aufrechtzuerhalten ist unverantwortlich; dass dort weiterhin Häuser schließen, unvermeidlich. Anders ist es in ländlichen Regionen, in denen die Versorgungslage schon jetzt teilweise desaströs ist, dort müssen die vorhandenen Kliniken erhalten bleiben.“

Auch ein Stück Heimat

Der Deutschlandfunk weist auf Folgendes hin: „Hier geht es auch um das Gefühl, nicht abgehängt zu werden vom Rest der Republik. Wer hier mal eben weitere Einschnitte propagiert, muss sich nicht wundern, wenn Protestwähler erst recht ihr Kreuzchen ganz rechts außen machen, dort, wo die Übergänge ins völkisch Braune immer sichtbarer werden. Auch das will bedacht sein: Es geht beim Krankenhaus um die Ecke auch um ein Stück Heimat, vor allem für die 60 % aller Patienten, die keine medizinische Maximalbehandlung benötigen.“ Str.